FileNr:88|id:HB091107106|date:2011-09-07|source:HB|title:Schäuble wirbt für die Euro-Rettung

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

In den suedeuropaeischen Schuldenlaendern waechst der Widerstand gegen die Sparprogramme. Trotzdem appelliert der Bundesfinanzminister an die Koalition, der Ausweitung des Rettungsschirms zuzustimmen. Donata Riedel Berlin

Ohne den Euro ginge es den Deutschen schlechter - davon ist Wolfgang Schaeuble (CDU) ueberzeugt. Entsprechend kaempferisch setzte sich der Bundesfinanzminister gestern fuer die Euro-Rettung ein: "Wir Deutsche haben mit am meisten von der Gemeinschaftswaehrung profitiert", sagte er in seiner Haushaltsrede im Bundestag. Der Euro sei trotz der Staatsschuldenkrise in Suedeuropa eine stabile Waehrung. "Die Inflation ist niedriger als zu D-Mark-Zeiten, und der Aussenwert ist deutlich gestiegen seit seiner Einfuehrung", betonte Schaeuble.

Ohne den Euro haette die deutsche Exportwirtschaft die Rezession nicht so schnell ueberwinden koennen. Die Appelle richteten sich dabei vor allem an die Abgeordneten von Union und FDP, aus deren Reihen der eigenen Regierung nach wie vor grosse Skepsis entgegenschlaegt. Am Montagabend votierten bei einer Probeabstimmung in der Unionsfraktion zwoelf Abgeordnete gegen die geplante Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF, sieben enthielten sich. In der FDP-Fraktion gab es zwei Ablehnungen und vier Enthaltungen. Bleibt es bei 25 Abweichlern auch in der Schlussabstimmung am 29. September, wuerde Regierungschefin Angela Merkel (CDU) die Kanzlermehrheit verfehlen: Nur 19 Abweichler duerfte sich die Koalition erlauben.

Das Gesetz, das dem EFSF etwa erlaubt, Staatsanleihen von Schuldenlaendern zu kaufen, praeventive Kreditlinien aufzulegen und Regierungen bei der Bankenrettung zu helfen, wuerde aber auch ohne Kanzlermehrheit verabschiedet, da SPD und Gruene Zustimmung signalisiert haben. Die Sozialdemokraten verlangten gestern allerdings Neuwahlen, sollte die Kanzlerin von den eigenen Abgeordneten im Stich gelassen werden. Fuer eine Neuauflage der Grossen Koalition stehe die SPD jedenfalls nicht zur Verfuegung, sagte ihr parlamentarischer Geschaeftsfuehrer, Thomas Oppermann. Gerichtsurteil abwarten. Unionspolitiker bemuehten sich gestern, das Abstimmungsergebnis zu relativieren. Die Neinstimmen kaemen vor allem von jenen, die immer schon gegen die Euro-Rettung gewesen seien, sagte Unionshaushaelter Norbert Barthle (CDU) dem Handelsblatt. "Ich war eher erleichtert, dass der Widerstand nicht groesser war." Die Kollegen, die sich enthalten haetten, koennten bestimmt noch im Zuge der Bundestagsberatungen ueberzeugt werden. Entsprechend aeusserte sich der parlamentarische Geschaeftsfuehrer der Union, Peter Altmaier (CDU).

In der FDP-Fraktion begruendete eine Abgeordnete ihre Enthaltung damit, dass sie erst genau wissen wolle, wie das Parlament an Entscheidungen des Rettungsfonds EFSF beteiligt werde. Leitlinien dazu erwarten die Politiker in Berlin mit Spannung vom Bundesverfassungsgericht, das heute ueber die Beschwerden von Professoren und dem CSU-Politiker Peter Gauweiler ueber die Euro-Rettung urteilt. Erwartet wird, dass die Richter der Regierung nicht nachtraeglich in den Arm fallen, aber Aussagen ueber die Rolle des Parlaments treffen werden. Merkel hat wegen des Urteils ihre Haushaltsrede verschoben, um darin auf Karlsruhe reagieren zu koennen.

In den Fraktionen wurden bereits "Leitlinien" fuer die Parlamentsbeteiligung diskutiert, die Plenumsbeschluesse des Bundestages bei Hilfen an neue Laender und beim Einsatz neuer Instrumente der EFSF vorsehen und die Ueberwachung der Hilfsprogramme an den Haushaltsausschuss delegieren. Schaeuble wirbt in der Fraktion zudem mit umfassenden Informationspapieren fuer die Euro-Rettung. Auf 15 Seiten hat sein Ministerium 29 Fragen und Antworten zu allem, was die Regierung und die EU bisher zur Euro-Rettung getan haben und noch planen, zusammengestellt. Darin wird die Staerkung des Europaeischen Stabilitaetspakts betont und die neue Privatglaeubigerbeteiligung am naechsten Griechenland-Rettungspaket herausgestellt.

Schaeuble warb gestern trotz aller Schwierigkeiten der akuten Schuldenkrise fuer eine politische Union in Europa. "Natuerlich muessen wir die jetzige Krise auf der Basis der geltenden Vertraege bewaeltigen. Wir haben keine anderen. Und das ist auch moeglich", sagte er. Aber fuer eine dauerhafte Waehrungsunion seien auch institutionelle Reformen notwendig. "Wenn wir nicht vorangehen, fallen wir zurueck." Auf Ablehnung stoesst er bei der EU-Kommission, die eine Aenderung der europaeischen Vertraege fuer unnoetig haelt. Der Lissabon-Vertrag biete schon jetzt genuegend Moeglichkeiten, die wirtschaftliche Integration zu staerken, sagte ein Kommissionssprecher.

Schaeuble wandte sich gestern gegen zu viel Schwarzmalerei in der Krise und griff den Internationalen Waehrungsfonds (IWF) scharf an. Dessen Berechnungen ueber einen angeblichen Rekapitalisierungsbedarf der europaeischen Banken von 200 Milliarden Euro seien "ueberzogen", sagte er. Der IWF habe weder die seit 2009 vorgenommenen Abschreibungen noch bestehende Absicherungsgeschaefte beruecksichtigt. "Die Zahlen des IWF sind teils falsch und teils missverstaendlich." Italien: Steuer soll steigen. Nach der Kritik der Europaeischen Zentralbank (EZB) und anderer Euro-Staaten will die Regierung von Silvio Berlusconi ihre Sparbemuehungen verschaerfen. Gestern teilte sie mit, dass die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 21 Prozent erhoeht und eine "Reichen-Steuer" eingefuehrt werden soll. Ausserdem soll eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen werden. Das italienische Sparpaket sieht schon fuer 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vor. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, denn in diesem Jahr liegt das Haushaltsdefizit laut Internationalem Waehrungsfonds bei 4,3 Prozent. Das Volumen der Sparmassnahmen betraegt 45,5 Milliarden Euro. Die EZB hatte von Italien Sparverpflichtungen gefordert, bevor sie das Land mit dem Ankauf von Staatspapieren stuetzte. Die Staatsverschuldung ist chronisch hoch: Ende 2010 lag die Gesamtverschuldung laut Eurostat bei 119 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In dieser Woche koennte das Sparpaket endgueltig durch das Parlament gehen, bis dahin bleibt der Sparwille eine Absichtserklaerung. Die geplanten Kuerzungen sind sehr unbeliebt: Gestern legte ein Generalstreik das Land lahm. kri. Spanien: Schulden gebremst. In der vergangenen Woche bekam Spanien nach langer Zeit wieder ein Lob von der Ratingagentur Moody's. Grund war die Schuldenbremse, welche die Spanier als zweites Euro-Land nach Deutschland in der Verfassung verankerten. Ab 2020 darf das strukturelle Defizit spanischer Regionen und des Zentralstaats nicht hoeher als 0,4 Prozent sein. Die rasche Umsetzung der Schuldenbremse zeige "breiten Konsens und Einverstaendnis mit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen ueber alle Parteigrenzen hinweg", lobte Moody's. In Wahrheit ist es aber mit dem Konsens in der spanischen Politik nicht weit her, weshalb der sozialistische Premier José Luis Rodríguez Zapatero die Neuwahlen auf November vorziehen musste. Den Haushalt 2012 wird die neue Regierung erarbeiten muessen, er soll eine Senkung des Defizits auf minus 5,3 Prozent sichern. Um 2011 das Defizitziel von 7,5 Prozent zu erreichen, will Zapatero noch vor den Wahlen einige Massnahmen durchsetzen, etwa die staatliche Lotterie an die Boerse bringen.

Eine internationale Rettung fuer Spanien haelt die Madrider Regierung trotz der Zuspitzung der Schuldenkrise fuer ausgeschlossen. ang.

Irland: Alle Sparvorgaben erfuellt. Irland gilt derzeit als Musterschueler unter den Krisenstaaten der Euro-Zone, das beweisen die zuletzt deutlich gesunkenen Risikoaufschlaege fuer irische Staatsanleihen. Bislang erfuellt Irland alle Sparvorgaben, und im Moment geht die EU davon aus, dass die Staatsverschuldung 2012 mit 118 Prozent der Wirtschaftsleistung ihren Gipfel erreichen wird. Damit laege sie deutlich unter den 166 Prozent, die Bruessel fuer Griechenland befuerchtet. Ausserdem waechst die irische Wirtschaft nach drei Jahren Rezession wieder. Im ersten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent.

Allerdings warnte Finanzminister Michael Noonan vor kurzem, dass die Verwerfungen in der Weltwirtschaft auch an Irland nicht spurlos voruebergehen werden. Analysten gehen davon aus, dass die Iren trotz der Abkuehlung der wichtigen Exportkonjunktur 2011 das Budgetdefizit wie geplant auf zehn Prozent senken koennen. Weitaus weniger klar ist, ob es Noonan wirklich gelingt, das Defizit bis 2015 unter die Drei-Prozent-Marke zu druecken. Sollte die Regierung ihre Wachstumsziele verfehlen, koennte auch Irland ein zweites Hilfspaket brauchen, fuerchtet das Dubliner Wertpapierhaus Glas. mm. Griechenland: Reformen verzoegern sich. Die Rezession in Griechenland dauert laenger als erwartet. Mittlerweile rechnet die Regierung in Athen damit, dass die Wirtschaft dieses Jahr um fuenf Prozent schrumpft und auch naechstes Jahr nicht wachsen wird. Als Folge bleiben auch die Steuereinnahmen deutlich hinter den Erwartungen zurueck. Die Euro-Zone und der Internationale Waehrungsfonds (IWF) erwarten deshalb, dass Athen zusaetzliche Massnahmen ergreift, um das fuer dieses Jahr vereinbarte Sparziel doch noch zu erreichen. Eigentlich sollte das Haushaltsdefizit auf 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken, von 10,5 Prozent im vergangenen Jahr. Die Regierung rechnet aber mittlerweile mit einer Defizitquote von deutlich ueber acht Prozent. Fuer das kommende Jahr hat die griechische Regierung bisher noch gar keinen Haushaltsplan vorgelegt. Deshalb reiste die Troika, bestehend aus Vertretern des IWF, der EU und der Europaeischen Zentralbank (EZB), vergangene Woche unverrichteter Dinge wieder aus Athen ab.

Unzufrieden ist die Troika auch deshalb, weil sich die Strukturreformen, die bereits mit Griechenland vereinbart wurden, verzoegern. Die Beamten-Gewerkschaften verhindern die Einfuehrung einer neuen Besoldungsordnung. Die Privatisierungen kommen kaum voran, und ueberfluessige Behoerden sind immer noch nicht geschlossen worden. Die Regierung in Athen schafft es zudem immer noch nicht, die Einkommensteuer lueckenlos einzutreiben. Die Vertreter von IWF, EU und EZB werden nun Mitte September erneut nach Athen reisen. Dann muessen die Griechen liefern. Andernfalls will die Troika die Ende September anstehende Kredittranche in Hoehe von acht Milliarden Euro nicht freigeben. rut.

Portugal: Bisher alle Vorgaben eingehalten. Gerade hat Portugal die erste Ueberpruefung von Vertretern der EU, des Internationalen Waehrungsfonds und der Europaeischen Zentralbank bestanden. Im Mai hatte die sogenannte Troika dem iberischen Land einen Rettungskredit ueber 78 Milliarden Euro genehmigt. Bisher hat Portugal alle Auflagen des umfangreichen Anpassungsprogramms, das an den Kredit geknuepft war, erfuellt. So schaffte die neue Regierung, die erst im Juni angetreten war, bereits die sogenannten goldenen Aktien ab, die ihr Sondervollmachten in strategisch wichtigen Unternehmen wie Portugal Telecom gesichert hatten. Ausserdem wurde eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts begonnen und die marode Staatsbank BPN fuer einen symbolischen Preis an ein angolanisches Geldinstitut verkauft.

Um das Defizitziel von minus 5,9 Prozent zum Ende dieses Jahres zu garantieren, entschloss sich die Regierung zudem, einmalig die Haelfte des Weihnachtsgeldes zu streichen. Die Troika zeigte sich zufrieden. Die naechste Rate in Hoehe von 11,5 Milliarden Euro kann somit ausgezahlt werden. Letzte Woche legte der Finanzminister ausserdem einen Strategieplan vor, im Zuge dessen das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2015 schon auf minus 0,5 Prozent gesenkt werden soll, statt wie von der Troika vorgesehen auf minus 1,9 Prozent. Zu zwei Dritteln soll dieser Defizitabbau durch Ausgabensenkungen im oeffentlichen Sektor erzielt werden. Bis 2015 soll der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von derzeit ueber 50 Prozent auf 43,5 Prozent sinken. Ausserdem verkuendete die Regierung eine "voruebergehende" Erhoehung der Spitzensaetze bei der Einkommens- und der Koerperschaftsteuer....

Fokus Deutschland